

Bezugspreis:
Direktbest. M. monatlich 10.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.— M. einjähr. 100.—
Kontingentsgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich,
Ungarn und Luxemburg 20.— M. für
das übrige Ausland 27.— M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Zeit und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erdkunde und Reisegarten“
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Konvaleszenz-
kette 1,50 M. „kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1,50 M. (zu-
lässig zwei festgedruckte Wörter), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellenangebote
und Schließungsanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 2.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Lehrerzuzuschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Bauamtgebäude Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluß
von 8 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197

Dienstag, den 3. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54

Polenaufstand in Oberschlesien.

Berlin, 3. Mai. In der vergangenen Nacht ist in Ober-
schlesien eine Aufstandsbewegung ausgebrochen, die sich nach amt-
lichen Mitteilungen erstreckt auf das Industriege-
biet westlich etwa bis Beistrefscham, die Kreise Plesch und Rybnik.
Es liegen jedoch Anzeichen vor, daß sie bis zur sogenannten Kor-
sant-Linie geht, die bekanntlich längs der Oder dann durch
die Kreise Groß-Strehlitz und Rosenberg verläuft. Außer-
halb dieser Linie sind in der vergangenen Nacht mehrere
Brücken links der Oder gesprengt worden, ein Vorgang, der
beweist, daß hier eine planmäßige Aktion von polnischer Seite vor-
liegt. Gesprengt wurden eine Brücke an der Linie Oppeln—Karl-
smarkt, ferner zwei Brücken über die Oder an der Hauptstrecke Oppeln
und Brieg, und eine Brücke an der Strecke Neustadt—Deutsch-Rassel-
witz. Der Verkehr ruht an diesen Stellen. Weitere Brückenspreng-
ungen erfolgten auf dem Gebiet des Kreises Ratibor, und zwar bei
Schwiebowitz und Kreuzenort. An der Strecke Oels—Kreuzburg
funktioniert der Verkehr einseitig noch, aber nur bis Lublitz. Der
D-Zug Breslau—Oppeln wird bis Szepanowitz durchgeführt und
der Verkehr mit Oppeln durch Umsteigen aufrechterhalten. Die tele-
phonischen Verbindungen mit Oberschlesien sind heute vor-
mittags zum Teil gestört. Eine Verbindung konnte nur hergestellt
werden mit Oppeln, Gleiwitz, Beuthen, nicht mehr mit Kattowitz,
Mysłowitz, Rybnik und Plesch.

Bewaffnete Sokols.

Das Bild des Aufstandes ist etwa folgendes: Bewaffnete regu-
läre oder irreguläre polnische Truppen haben bisher die Grenze nicht
überschritten. Es ist aber einwandfrei festgestellt, daß die Sokols
erneut Waffen erhalten haben, und auch streikende Arbeiter sind
gestern in der Gegend von Eichenau, wo die Grenze immer offen ge-
wesen ist, mit Waffen versehen worden. Es ist zu befürchten, daß
auf dem Lande Orte von Polen besetzt worden sind, doch liegen dar-
über Einzelheiten noch nicht vor.

Enteufertuppen sind, zum Teil unter Bedeckung von Tanks, auf
das Land geschickt worden. In Beuthen gab es in der vergangenen
Nacht eine heftige Schießerei, wobei auch die „Ostdeutsche Morgen-
post“ angegriffen und schwer beschädigt wurde. Noch unverbürgt
verlautet, daß heute früh der „Volkswille“, unser Parteiorgan in
Mysłowitz, von den Polen demoliert worden ist.

Zur Stunde ist in Beuthen wieder Ruhe. Die Inter-
alliierte Kommission teilt amtlich mit, daß sie fest ent-
schlossen sei, die Ordnung unbedingt aufrecht zu
erhalten. Infolge der gestrigen Vorermittlung wurde über die
Kreise Beuthen Stadt und Land, Plesch, Kattowitz Stadt und Land,
Rybnik, Hindenburg, Tarnowitz und Ratibor Stadt und Land der
Belagerungszustand verhängt. Der deutsche Vertreter bei
der Interalliierten Kommission hat gestern und heute die ernstesten
Vorstellungen erhoben. Die deutsche Regierung wird ihrerseits
noch heute bei den alliierten Mächten geeignete Schritte unter-
nehmen.

Die Polenpresse war vorbereitet.

Die polnische Presse hat seit längerer Zeit systematisch mit diesem
Aufstand gedroht. Anlässlich des heutigen Nationalfeiertages hat
Korsant einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: „Wir sagen aus
der Enschiedenheit der Interalliierten Kommission um so lieber, als
wir an der Schwelle der Freiheit stehen und uns nur noch wenige
Tage von der Stunde trennen, da wir frei und mit unserem Mutter-
lande vereinigt werden.“ Die polnische Presse hat in den letzten
Tagen behauptet, daß der Oberste Rat am 30. April die Entscheidung
über Oberschlesien treffen werde, obwohl es den Polen nicht minder
als uns bekannt sein mußte, daß dies ausgeschlossen ist.

Gewerkschaftsprotest.

Oppeln, 3. Mai. Die ober-schlesischen Vertreter des Allge-
meinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Hirsch-Dunckerschen Ge-
werkschaftsvereine und der Christlichen Gewerkschaften haben fol-
gendes Telegramm an das Generalsekretariat des Internatio-
nalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam und an den
Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Thomas,
abgeschickt:

Am 2. Mai haben polnische Agitatoren einen Streik größeren
Umfanges in Oberschlesien verursacht, um zweifellos dem Obersten
Rat in London und der ganzen Welt glaubhaft zu machen, daß eine
Volkserhebung für den Anschluß Oberschlesiens an Polen entstanden
sei. Dieser Streik ist gegen den Willen des größten
Teiles der Arbeiter unter Vorbehaltung unbedingter wirt-
schaftlicher Forderungen und nur unter Anwendung von brutaler
Gewalt möglich gewesen. Falls dieser Täuschungsversuch Erfolg
haben sollte, ist zu befürchten, daß die deutschgesinnte Ar-
beiterschaft allen untern Abmachungen zum Trotz sich nicht
länger durch eine Minderheit terrorisieren lassen wird und dadurch
die schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen
Oberschlesiens nicht erpart bleiben können.

Alle Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,
der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsvereine und des Deutschen Ge-
werkschaftsbundes (Christliche Gewerkschaften) bitten dringend, diese
Nachricht allen maßgebenden Stellen sogleich zu übermitteln und
nichts zu unterlassen, um das polnische Täuschungs-
manöver zu vereiteln. Unser Versuch, gemeinsam mit den

Amerika lehnt ab.

London, 3. Mai. (W.T.B.) Reuter meldet aus
Washington: Staatssekretär Hughes teilte dem Reichs-
minister Dr. Simons in einer am Montagabend abge-
sandten Note mit, die deutschen Gegenvorschläge
könnten als Grundlage für die Erörterung der Reparations-
frage nicht angenommen werden. Er fordert Deutsch-
land auf, weitere Vorschläge unmittelbar den
Alliierten zu unterbreiten. Zugleich äußert er wiederholt
den aufrichtigen Wunsch der amerikanischen Regierung für
eine rasche Regelung „dieser vitalen Frage“.

Heute mittag 12 Uhr hat der amerikanische Geschäftsträger,
Herr Dreisel, die Antwort seiner Regierung auf die deutsche
Note dem Außenminister Dr. Simons übergeben. Der
Wortlaut stimmt überein mit dem durch Reuter-Wolf verbreiteten
Text bis auf die Worte, „daß die Vorschläge nicht in Betracht
gezogen werden können“. Diese Worte sind eine durch Reuter der
Note hinzugefügte Verschärfung.

Das Reichskabinett tritt heute nachmittags 3 Uhr, der
Auswärtige Ausschuss des Reichstages morgen
mittag zusammen.

London, 2. Mai. (W.T.B.) Im Unterhaus erklärte Shortt,
jedes neue Angebot Deutschlands werde in Erwägung
gezo-gen werden.

Briands Mobilisierungsbefehl.

Paris, 3. Mai. (W.T.B.) Nach einer Havas-Meldung aus
London hat Briand sogleich nach seiner Rückkehr ins Hotel um
9 1/2 Uhr abends den Kriegsminister Barthou telegraphisch ange-
wiesen, unverzüglich den Einberufungsbefehl für die
Jahresklasse 1919 zu erlassen.

Amerika und das Rheinland.

London, 2. Mai. (W.T.B.) Einer New Yorker Meldung des
Rundfunkers „Guardian“ zufolge berichtet „New York Evening Post“,
daß das erste endgültige Ergebnis der Herstellung des Friedens-
zustandes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland die
Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom
Rhein sein werde.

Polen eine gütliche Auflösung dieses wilden Streiks herbeizuführen,
ist bisher nicht von Erfolg gewesen.

Beuthen, 3. Mai. (W.T.B.) In Boguszküh, Eichenau,
Schoppinsh und in anliegenden Ortschaften flüchten die
deutschen Bewohner aus Furcht vor Terrorakten.

Die Lage in Kattowitz.

Kattowitz, 3. Mai. (W.T.B.) Um 7.45 Uhr vormittags sind im
Innern der Stadt die Insurgenten in großen Massen wieder auf-
getaucht. Sie ergossen sich aus allen Strohzügen nach dem
Friedrichsplatz. Ungeachtet der dort stehenden Tanks setzten sie ihre
wilden Schießereien fort. Einzelne Trupps durchzogen
die Stadt und gaben von Zeit zu Zeit Schüsse ab. Wieder-
holt sieht man Betrunkene Karabiner mit sich führen. Die In-
surgenten bleiben von den Besatzungstruppen unbehelligt. Der
Kreiskontrollleur teilt mit, daß in der achten Morgenstunde der Be-
lagerungszustand verhängt worden ist. Nichtsdestoweniger
dauerten zurzeit noch, um 9 Uhr morgens, die wilden Schießereien
an. Sämtliche Geschäfte und Restaurants sind geschlossen.

Die Station Kandrzin befindet sich in den Händen der In-
surgenten, ebenso die Station Morgenrot. In Koffberg bei
Beuthen wurde die Gemeindeverwaltung besetzt.

Die Zahl der hinter Kattowitz zwischen Boguszküh und Ferdin-
andsgrube versammelten Insurgenten wird auf etwa 3000 geschätzt.
Sie sind vollkommen kriegsmäßig ausgerüstet und führen Revolver-
kanonen mit sich.

Eine auffallende Prophezeiung.

Bezeichnend ist zudem die Tatsache, daß der am Donners-
tag, den 28. April, nachmittags erschienene Pariser „Temps“ in
einem Telegramm aus Oppeln bereits von einem politischen
Streik in Oberschlesien zu berichten wußte, der in Gleiwitz aus-
gebrochen sei und sich auf das ganze ober-schlesische Kohlengebiet aus-
zudehnen drohe. Die Oppelner Quelle der Meldungen über Ober-
schlesien, mit denen die bürgerliche französische Presse seit Monaten
gespeist wird, ist eine offensichtlich von Korsant und Le Rond gleich-
mäßig bediente und unterstützte Glimmherzentrale. Am vorigen
Donnerstag wußte man also in diesen polnisch-französischen Draht-
ziehkreisen schon von diesem Streik, der erst vier Tage
später ausgebrochen ist.

Volksgewissendemonstration in Palästina. Nach einer Havas-
meldung aus Kairo kam es in Jaffa anlässlich einer böhmi-
schen Demonstration, an der russische Zionisten teil-
nahmen, zu einem Kampfe zwischen Christen und
Mohammedanern einerseits und Israeliten andererseits.
Es soll etwa 50 tote und mehrere hundert Ver-
wundete gegeben haben, hauptsächlich Israeliten. Die jüdischen
Geschäfte seien beinahe alle geplündert worden.

Politische Taktik.

Von J. Meerfeld.

Es ist bekannt, daß die bei der preussischen Regierungs-
trife geübte Taktik innerhalb der Partei manche Anfechtung
erfahren hat. Die Stimme der Kritik hat natürlich das
Recht, auch im Zentralorgan der Partei zum Ausdruck zu
gelangen. Eine Erwiderung auf die Ausführungen des
Genossen Meerfeld wird in kurzer Frist erfolgen.
Redaktion des „Vorwärts“.

Nach einem von Friedrich Raumann oft gebrauchten Wort
ist Politik die Kunst des Möglichen. Den Begriff der Politik
erschöpft dieses Wort selbstverständlich bei weitem nicht; immer-
hin darf man sagen: die Politik darf sich nichts Unmögliches
zum Ziel setzen. Noch viel weniger aber ist es der partei-
politischen Taktik gestattet, sich in ein so enges Schema
einzuzwängen, daß jede Beweglichkeit verlorengehen muß. Wie
oft haben wir in drei Jahrzehnten das bekannte Wort des
alten Liebknecht zitiert, daß er seine Taktik alle vierundzwanzig
Stunden ändere, falls es der Arbeiterklasse zum Vorteil ge-
reiche!

Die Taktik der preussischen Landtags-
fraktion drängt nach meiner Meinung und der Meinung
zahlreicher anderer Parteimitglieder zu einer öffentlichen Dis-
kussion. Dabei sei aber von vornherein gesagt, daß die Fraktion
in eine Zwangslage hineingemantelort worden war, die
ihre taktische Bewegungsfreiheit in steigendem Maße ein-
schränkte, so daß die schließliche Ausschaltung aus der Re-
gierung kaum mehr ein Ergebnis freier Entschliebung der
Fraktionsmitglieder sein konnte. Innerhalb der Partei wurden
Schränken gezogen durch den Kasseler Parteitag und den
Parteiausschuss und ferner dadurch, daß die Masse der Partei-
mitglieder seit vielen Monaten durch Presse und Versamm-
lungen zu einer schroffen Ablehnung des Zusammengehens
mit der Deutschen Volkspartei erjogen worden war. Ein
weiteres geschah außerhalb der Partei, wo sowohl die Demo-
kraten wie auch das Zentrum teils aus Kurzsichtigkeit
teils auch aus listiger Berechnung hartnäckig Schwierigkeiten
einnahm, die zu allem anderen, nur nicht zu einem Ent-
gegenkommen reizen konnte.

Für die sozialdemokratische Landtagsfraktion war all-
die Lage äußerst schwierig. Dennoch: wir stehen vor dem Er-
gebnis der völligen Ausschaltung der Partei aus
der Regierung, und diese Tatsache wiegt so ungemein schwer
daß die Frage nach ihrer Unabwendbarkeit zehnmal gerechtfertigt
ist. Stets ist festzuhalten, daß zwar im Reiche die Ge-
setze gemacht, daß sie aber — mit einigen Ausnahmen —
in den Ländern ausgeführt werden. Die Länder haben
die Exekutive. Damit haben sie ein Machtinstrument sonder-
gleiches in der Hand. So ist also innerpolitisch die Aus-
schaltung unserer Partei aus der preussischen Regierung un-
sehr vieles bedenklicher als die Ausschaltung aus der Reichs-
regierung.

Man sagt: mit der Deutschen Volkspartei läßt sich un-
möglich gemeinsam regieren. Zugabe, daß sehr vieles für
diese Auffassung spricht. In der Reichspolitik erschien und er-
scheint heute noch auch nur ein Zusammengehen mit der
Deutschen Volkspartei nahezu ausgeschlossen. Denn ganz ab-
gesehen davon, daß im Reiche die Deutsche Volkspartei ge-
geben die Verfassung gestimmt hat, ergeben sich auch an-
den besonderen reichspolitischen Aufgaben, namentlich in
Fragen der Außenpolitik sowie der Wirtschafts- und Steuer-
politik so scharfe Gegensätze zwischen uns und der von Stin-
negeführten Partei, daß eine gemeinsame Plattform wohl gan-
z unmöglich ist. Die Sozialdemokratie braucht überdies ein
Ueberleistungsmaß der Kraft um so weniger zu versuchen, als
die Dynamik der Kräfte sich hier anders auswirkt als im Land-
tag und die Schwäche der von rechts befehlenden Regierung
unserer Partei eine starke Position sichert, auch wenn sie an
den Regierungsbänken nicht vertreten ist.

Ganz anders aber in Preußen. Ich verweise, um der
Unterschied zu demonstrieren, auf vorhin schon Gesagtes. Daß
in Preußen der Bürgerblock von den Demokraten bis zu den
Deutschnationalen schon Tatsache geworden ist, beweist schon
hinreichend, wie ganz verschieden die landespolitischen gegen-
über den reichspolitischen Aufgaben sind; es zeigt außerdem
von einem wesentlichen anderen Aufeinanderwirken der politi-
schen Kräfte. Erwähnt muß ferner noch werden, daß in
Preußen die Volkspartei für die Verfassung gestimmt hat,
womit wiederum einer der Gründe hinfällt, die im
Reiche einem Zusammengehen von Volkspartei und Sozial-
demokratie widerstehen müßten. So ist also eine schematische
Gleichstellung der Dinge im Reiche mit denen in Preußen
nicht angängig, und daher ist der Schluß gestattet oder viel-
mehr notwendig, daß die von unserer Partei im Reichstag be-
folgte Taktik nicht zugleich auf den Preussischen Landtag an-
gewendet werden konnte.

Wir schließen die Volkspartei in den Orkus, ohne uns
zugleich die Frage vorzulegen, ob denn die Bündnis-
fähigkeit des Zentrums so über jeden Zweifel er-
haben sei. Bedarf denn unser Verhältnis zum Zentrum nicht
auch einer Nachprüfung?

Ich wage zu behaupten, daß das heute im Preussischen Landtag herrschende Zentrum mindestens so reaktionär ist wie die Fraktion der Volkspartei des Landtags. Und daß, wer dieses Zentrum als Bundesgenossen akzeptiert, ohne mit der Wimper zu zucken, die Volkspartei nicht ablehnen darf.

Vor zwei Jahren gab sich das von der Revolution eingeschichtete Zentrum reichlich fortschrittlich, heute bremst es auf Weg und Steg. Vor zwei Jahren verschwand aus seinen Parlamentarismen der Adel so gut wie ganz und machte den Arbeiterkretären Platz. Dieser Adel nach links ist aber längst zum Stillstand gekommen, noch mehr: heute schlägt der Pendel wieder kräftig nach rechts hinüber.

Am 24. April beging die deutsche Zentrumspartei durch eine Festveranstaltung im Reichstag ihr goldenes Jubiläum. Herr Trimborn, der derzeitige Parteivorsitzende, gedachte des fünfzigjährigen Bestehens in einer Ansprache, die bei aller Zurückhaltung und vorsichtiger Abwägung dennoch von dem wahren Geist des Zentrums genügend Kunde gab. Mit Vorbedacht wandte er sich dabei gegen jene Kritiker, die seiner Partei vorwürfen, daß sie sich den neuen Verhältnissen allzu schnell angepaßt habe:

Sch glaube nicht, daß dieser Vorwurf berechtigt ist. Wir haben in keiner Weise Teil gehabt an der Revolution. Wir haben sie nicht gebilligt und wir werden sie niemals billigen. Wir haben, nachdem sie sich durchgesetzt hatte, nicht verbrannt, was wir früher verehrt haben, und wir beten heute nicht an, was wir früher bekämpft haben. Wir sind nichts weniger als blinde Anbeter des Erfolges.

Der Bedeutung solcher Worte stellt sich der kluge Herr Trimborn sehr wohl bewußt. Zwar stellen sich die Zentrumsführer zurzeit auf den Boden der Verfassung, — innerlich aber sind sie die „Alten“ geblieben. Als während des Krieges Bethmann Hollweg dem Drängen der Volksmassen und insbesondere der Sozialdemokratie nach einem demokratischen Preußenwahlrecht halbwegs nachzugeben bereit war, wandte sich der Kölner Kardinal v. Hartmann mit scharfen Worten gegen das Verlangen nach Volkssouveränität. Die Verfassung von Weimar hat sie inzwischen gebracht, — die Staatsgewalt geht vom Volk aus, — das Zentrum hat für diese Verfassung gestimmt, aber nur ein Bruchteil der Partei hat zu dieser Verfassung eine innerliche Beziehung. Eine Aenderung, morgen oder übermorgen, und das Zentrum stellt sich flugs mit beiden Füßen „auf den Boden der Tatsachen“. Als vor einem Jahrzehnt das vierzigjährige Bestehen der Zentrumspartei festlich begangen wurde, wetteiferten die offiziellen Redner: Karl Bachem, v. Hertling und v. Savigny, in der Betonung des konservativen Charakters der Partei, den man beharrlich vier Jahrzehnte hindurch festgehalten habe. Konservativ ist man auch heute noch, man wählt nur andere Worte dafür.

Es geht aber wirklich nicht an, sich einseitig in die Deutsche Volkspartei zu verbeissen und dabei das Zentrum ganz außer Acht zu lassen. Die starre Formel: mit dem Zentrum, aber gegen die Volkspartei, ist wirklich nicht unterschiedslos anwendbar, zumal sehr bezweifelt werden darf, ob die innerlichen Vorbehalte, mit denen die Moldenhauer, Garnich usw. ihre Zustimmung zur preussischen Verfassung begleitet haben, härter gewesen sind als jene der preussischen Zentrumsführer Herold und Porsch, die sich schwerlich beleidigt fühlen werden, wenn man sie als durchaus konservative Politiker charakterisiert.

Auch die wirtschaftspolitischen Anschauungen beider Parteienlager weichen höchstens insofern etwas voneinander ab, als die eine Partei sich mehr auf das städtische Bürgertum, die andere sich mehr auf den ländlichen Grundbesitz und den kleinen Mittelstand stützt. In der Gegnerschaft zum Sozialismus geben sie einander nichts nach. Kulturpolitisch aber — und die Fragen der Kirchen- und Schulpolitik sowie Erziehungs- und Bildungsfragen überhaupt stehen im Landtag im Vordergrund — steht das Zentrum noch weiter rechts als die Volkspartei.

Man wird mir Einseitigkeit vorwerfen und mit Gegenargumenten kommen. Gern gebe ich zu, daß auch die Fraktions-

politik mit einer ganzen Menge nicht leicht zu nehmender Argumente verteidigt werden kann. Was wir tun müssen, ist, daß wir Gründe und Gegengründe sorgfältig gegeneinander abwägen und aus dem Ergebnis entsprechende Schlüsse ziehen. Mir scheint aber — und schon die Vorkammern in den wenigen Tagen seit dem Ausscheiden der sozialdemokratischen Minister stützen diese Auffassung —, daß wir mit dem Verzicht auf fernere Teilnahme an der preussischen Regierung einen kaum wieder gutzumachenden Fehler begangen haben.

Kontinentalpolitikers Empfehlung.

Die unter dem Namen „Kontinentalpolitik“ marschierende einseitige französische Orientierung der „Vossischen Zeitung“ ist von uns schon mehrfach kritisiert worden. Nicht, weil wir einer deutsch-französischen Verständigung entgegenarbeiten — im Gegenteil, dieses Ziel scheint uns der höchsten Mühe wert —, sondern weil die einseitig frantophile Politik der Bernhard, Redlich usw. deutlich eine aggressive Spitze gegen England trägt, und weil sie vor allen Dingen unter größter Vergewaltigung der Tatsachen dem deutschen Volk bereits das heutige imperialistisch beherrschte und chauvinistisch rasende Frankreich in seinen wohlwollenden Freund umlängelt. Auf diese Weise kommt das Blatt dazu, nicht nur alle außenpolitischen Krisen, wie die jetzigen, in der Höflichkeitserzerrung seiner Idee zu sehen, sondern auch eine auswärtige Politik zu treiben, die in Verleumdung der tatsächlichen Verhältnisse in jeder Weise den deutschen Interessen schadet. Neuerst bedenklich erscheint diese Politik aber im Lichte des nachstehenden Briefes, der vom Verlag der „Vossischen Zeitung“ am 7. April an einen Düsseldorfer Geschäftsfreund abgehandelt worden ist und vom „Berliner Tageblatt“ der Desfinitivität übergeben wird. In dem Schreiben wird Klage darüber geführt, daß die „Vossische Zeitung“ in Düsseldorf nicht genug Abnehmer finde. Dann heißt es darin:

„Die „Vossische Zeitung“ ist jetzt dasjenige Blatt, das in Düsseldorf die besten Abfahrgenzen hat. Diese Zeitung wird von der französischen Besatzungsbehörde überall mit dem größten Entgegenkommen behandelt, weil ihr bekannt ist, daß die „Vossische Zeitung“ das einzige Blatt in Deutschland ist, das für die Verständigung mit Frankreich eintritt. Die französische Besatzungsbehörde weiß, daß sie bei der unbedingten Freigabe des Verkaufs der „Vossischen Zeitung“ keinerlei Gefahr läuft, weil in ihr für allerhand Vermutungen und sonstige politische Kombinationen, die nicht der Annäherungspolitik dienen, kein Raum gegeben wird. In gleicher Weise verhält es sich mit den Bildern in der „Berliner Illustrierten Zeitung“. Der französischen Besatzungsbehörde ist auch hier bekannt, daß von der Redaktion die nötigen Rücksichten genommen werden.“

Wir Sozialisten wissen sehr wohl, daß eine Außenpolitik, die gegen chauvinistische Tendenzen im eigenen Land arbeitet, gelegentlich ein unerwünschtes Lob des gegnerischen Chauvinisten eintragen kann. Aber in diesem Falle betrachtet es jeder Sozialdemokrat als selbstverständliche Pflicht, jede Begünstigung durch den gegnerischen Imperialisten stolz und verächtlich zurückzuweisen. Nur dadurch läßt sich die Reinheit der eigenen Absichten erweisen. Wer sich aber in der Gnadenzone des feindlichen Imperialismus sonnt, gegnerisches Wohlwollen zu geschäftlichen Zwecken ausnutzt und sogar in einer so brutalen und feindlichen Maßnahme wie der Besetzung Düsseldorfs nichts als eine glänzende geschäftliche Konjunktur für sich erblickt, der gibt selber dem Verdacht Nahrung, daß er seine Politik nicht im Interesse des eigenen Volkes treibt. Kontinentalpolitik mit geschäftlicher Konjunkturausnutzung im besetzten Gebiet ist ein ekelerregendes Schauspiel und kann nur dazu dienen, dem sachlichen Mißkredit dieser Richtung den moralischen Mißkredit hinzuzufügen.

Georg Bernhard, der Chefredakteur der „Voss. Ztg.“, kündigt in der „B. Z.“ wegen der Kritik seiner Politik eine Klage gegen das „B. L.“ an.

Die Bannmeile als Reizmittel.

Der aus der SPD. ausgeschlossene Paul Levi — von der „Roten Fahne“ giftig als „Rechtsanwalt“ Paul Levi bezeichnet — gibt seit dem 1. Mai d. J. eine Zeitschrift heraus, die den Titel „Sowjet“ führt, wenngleich zu erwarten ist, daß sie trotz dieses Namens vor den russischen Nachtbarben ein wenig günstiges Ohr finden wird. Die Zeitschrift soll selbstverständlich dem ausgeschlossenen SPD-Vorsitzenden als Sprachrohr dienen, und so erteilt er im ersten Heft dem Kommunisten Düwells das Wort zu einer kritischen Untersuchung der Taktik der kommunistischen Zentrale während des Märzputzes. Düwells befragt zunächst, daß alles, was Paul Levi in seiner bekannten Broschüre geschrieben habe, der Wahrheit entspreche, und daß insbesondere die von Levi vorgebrachten Zitate nicht aus der Welt diskutiert werden können. Dann fährt er fort:

„Kein noch so vorsichtig korrigiertes Stenogramm kann der Welt beweisen, was man mit eigenen Ohren hört und sah. Aber davon ganz abgesehen: zwei Mitglieder der Zentrale betonten in dieser Sitzung zur Begründung der vorgeschlagenen Aktion ausdrücklich, daß sie einen völligen Bruch mit der Vergangenheit der Partei bedeutet. Bisher sei die Taktik die gewesen, die Dinge an sich heranzukommen zu lassen und dann in gegebenen — also objektiv notwendigen — Kampfsituationen loszuschlagen. Jetzt müsse man das Geschick der Partei und der Revolution zwingen und die Offensive ergreifen, die Tatsachen schaffen, die man als Anknüpfungspunkte brauche. Die bisherige Parteeinstellung gegen Teilkaktionen müsse ebenso verlassen werden, wie diejenige, keine Parolen auszugeben, die auf den Endkampf deuteten. ... Und in einer der Zentralausschüsse am 17. März folgenden Redakteurkonferenz erläuterte ein Mitglied der Zentrale noch einmal sehr drastisch die Art, in der man — etwa durch Streikdemonstrationen, in Verbindung mit der Verletzung der parlamentarischen Bannmeile — die als Voraussetzung der Aktion notwendigen Tatsachen schaffen könne.“

Die deutschen Kommunisten, die bekanntlich behaupten, einzige Sachwalter des Marxschen Erbes in Deutschland zu sein, sind mit dieser Auffassung des Mitgliedes ihrer Zentrale auf einem Standpunkt angelangt, den mit Bakunin zu vergleichen, eine Beleidigung für diesen immerhin echt revolutionären Denker und Kämpfer bedeuten würde. Die Zentrale entfällt sich hier als ein lächerliches Verschwörergrüppchen, das sich einmal mehr die Aktion im großen Stil fordert, sondern das sich damit begnügt, Straßenkämpfe zu provozieren und die Arbeiterschaft in eine noch unglücklichere Zersplitterung zu treiben, als wir sie heute schon zu beklagen haben. Wir können der unabhängigen „Freiheit“ nur zustimmen, wenn sie urteilt: Der verantwortungslose Bursche, der in der Zentrale einen derartigen Gedanken propagierte, wolle nichts mehr und nichts weniger, als die Arbeiter gewaltsam vor die Maschinengewehre der Spio treiben. Die Bannmeile als Mittel zur Erzeugung der Revolution ist wohl ungefähr das Versteckteste, was ein menschliches Hirn ausdenken kann. Die Arbeiter, die gelegentlich von den Kommunisten ins Innere der Stadt geführt werden sollten, mögen auf der Hut sein. Sie laufen Gefahr, als Kanonenfutter verwendet zu werden!

Bezeichnendes Lob.

Die deutschnationalen „Post“ bringt einem Hymnus auf den preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald, in dem sich folgender Satz findet:

Die Programmrede, die der neue Ministerpräsident Stegerwald gehalten hat, war so geartet, daß sie auch ein Deutschnationaler hätte halten können, und das ihm gebrachte Vertrauensvotum war wohl verdient.

Treffender als durch dies Lob des ultrareaktionären Blattes kann der Charakter des Ministeriums Stegerwald nicht gekennzeichnet werden.

Weigel entsetzt. Wie uns aus Stuttgart gedruckt wird, wurde der kommunistische Stadtrat Weigel aus München, dessen Verhaftung durch die Stuttgarter Polizei wir heute morgen meldeten, nach Feststellung seiner Persönlichkeit am Montag wieder auf freien Fuß gesetzt. Weigel ist nach München zurückgereist.

Sommertheater.

Kammerstücke: „Resalliance“ von Bernard Shaw. Etwas spät kommt die geistige Ordnung in diese Millionen- und Auslieferungspanomime, die für die Kammerstücke Sommertheater bringen soll. Shaw schwatzt wohl zwei Alte lang kostbaren, nicht immer unterhaltenden Unsinn und Überflüssiges, er reißt den Menschen aber mehr den Mund auf als das Herz. Was er sich dachte, ist eine Satire auf den Millionär, der ein Kleinrentner war und ein schwerer Industrieller wurde. Der Mann bleibt ein Commis, der mit seinen paar Buchteln prahlt, der die Frauen alle wie Weiberchen einschätzt und kaufen möchte, und der nun eines Tages vor den Revolver eines seltsamen Narren gerät. Es ist ein Revolutionär aus Lungenstechen und nicht aus Gewissen, ein Sozialist aus Armut und Unzufriedenheit und nicht aus heftigen Plänen und Träumen. Der Millionär wird bloßgestellt durch diesen winzigen, nicht sehr würdigen Aufwiegler, der wiederum durch einige Schnäpse in seinem ganzen Revolutionsakt geschwächt wird. Es ist ein Wehspiel der Blamage, in die der britische Hochmut, die Verdorbenheit der halben Jungferleins, die hysterie weichtochiger Schwachköpfe und die leere Sportmansehere hineingezogen werden. Das Akrobatentum, das nur Mut und kein falsches Gewissen und Geldachter im Busen trägt, liegt ausschließlich. Es liegt die Lederhose gegen die Bügelfalte und auch gegen die rote Kramaitte, sofern alles beides nur Popanz ist. Und damit Shaw sein Recht behält, gefällt er den Aufwiegler mit der eifrigsten der Matronen, das feige Büchlein mit der künftigen, todesverachtenden Aufwieglerin, den steifen Herren des noch steiferen Ehrentodes mit der jungen Dame, die schon mit 20 Jahren überreif ist. Diese Resalliances kommen aber etwas schwerfällig zustande. Die Shawische Absicht, die in einer sehr langen Vorrede des Bühnenbuches verteidigt ist, wird lang, lang, langatmig abgehandelt. Zwei Akte, die stöcken, wo sie nicht pantomimisch vorwärtstreiben. Die Charakterkomödie beginnt erst, wenn man gähnen möchte.

Man spielt die schone Komödie lähmend, wahrheitsähnlich ohne rechte Proben. Gullstorf kann mehr als er gibt. Er macht sich zum Possenantel und vergrößert Shaw. Allein Anton Edhofer überwindet das sehr Provinzielle dieser Vorstellung. Seine Rolle ist der Sozialist, der eigentlich nur ein sentimentales Baby sein kann. Das Schwungvolle gehört sonst zu den Gewohnheiten dieses Künstlers. Daß er sich verwandeln kann, verdient gelobt zu werden. M. H.

Waller-Theater. „Der Traum vom Glück.“ Das Wallner-Theater, Gastspieltheater Rudolf Xenius und Fritz Hundt, hat sich zum Beginn seines Sommerplans ein unterhaltendes Eingpiel erwählt. Wie ein Freund für seinen armen Freund durch eine fingierte Erbschaft zunächst den klugen Bormund um sein Mädel preist und schließlich den betrügerischen Erbschleicher dessen Anteil zur Rückerstattung des erschiedenen Erbes zwingt, ist ganz amüsant, obgleich der erste und der letzte der drei Akte einfaßige Debe haben. Aber ein frühliches Wiedererweckung, das an alte, halbvergessene Harmlosigkeit erinnert, bringt einen guten

Mittelerfolg. Die Musik zu diesem Text von C. v. d. Becke hat Martin Knopf verfertigt. Keine Aufdringlichkeit, nicht zuviel Redseligkeit, nette Orchesterwirkung. Wenn auch die Erfindung auf dem gewöhnlichen Niveau sich bewegt, so war doch mehr als ein Schlag von Erfolg gekrönt. Unter den Darstellern rief vor allem Paul Westemeier durch seine knallige, treffliche Komik, seine exotische Karikatur und die unwillkürlichen Hände den Haupterfolg an sich. Xenius gab eine treffliche Studie des alten Geizhalses, Victor D'anger bezauberte durch seinen schönen Tenor und gute gefangene Kunst. Ell Peux und Esse Müller sind nette anspruchslose Mädel. Hans Heins Jachs ist als musikalischer Leiter von nicht gewöhnlichen Qualitäten. Auch die Szenische Aufmachung ist ansprechend. m.

Moral und Völkerveröhnung. Der bedeutende englische Morallehrer Frederic J. Gould hat jetzt an den Leipziger Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Paul Barth, den Vorsitzenden des kürzlich in Leipzig abgehaltenen ersten deutschen Kongresses für Moralpädagogik, ein nachträgliches Begrüßungsschreiben gerichtet, das als Rundgebung der Pädagogik zur Völkerveröhnung bemerkenswert ist. Es weist darin u. a.: In mannigfacher Art und Weise habe ich 50 Jahre lang junge Menschen unterwiesen. Aber immer noch erscheint mir die Erziehung eine erschöpfende Arbeit. Sie bedeutet eine Frühlingszeit der Seele für den Lehrer wie für die Kinder, ein Leben, das größer und reicher ist als alle Universitäten und Bibliotheken. — Die moralische Krise der Jahre 1914—1921 betrifft nicht lediglich die Deutschen. Sie betrifft die gesamte Menschheit. Sie bestand schon vor dem Kriege; der Krieg war nur eine tragische Enthüllung ihrer Existenz. Alle Lehrer der Welt müssen vereinigt das darin liegende Problem in Angriff nehmen. Wir Lehrer müssen Jahr um Jahr unserer Menschheit das Gefühl der Kameradschaft aufbauen. In diesem Gefühl allein werden die Führer der Nationen einen genügenden Beweggrund finden, die Freundschaft und das Zusammenwirken der Völker sicherzustellen. Nur in dem Maße, wie dieser Beweggrund an Wirksamkeit gewinnt, wird er die ökonomischen und politischen Probleme lösen, die den Staatsmännern von 1921 unlosbar erscheinen. — Der Geist der Achtung vor unserer gemeinsamen Menschennatur, die in allen Nationen und Farben lebt, ist wichtiger als formale Prinzipien der Freiheit, der Selbstbestimmung, der Pflicht. Unsere Schulen ersäuen beinahe schon an Grundwissen. Durch ein konkretes und verständnisvolles Studium der Geschichte der Zivilisation ist die Liebe zur Menschheit zu entwickeln; die Geschichte der Zivilisation ist die Geschichte des industriellen, sozialen, politischen, künstlerischen, wissenschaftlichen Zusammenwirkens. Wir Lehrer wollen diese großartige Bibel mit unseren Kindern lesen. Vielleicht muß diese Bibel der Zivilisation für die kommende Jugend der Welt von neuem geschrieben werden.

Leipziger Aufführung. „Die helle Nacht“ von Walter v. Moia. Das Ziel, das sich Moia in seinem neuen Schauspiel steckt, ist gewiß groß. Nur: er erreicht es nicht. Moia geht es darum, heimliche heilige Hauche aufzulösen und zu erweisen, daß Treue nicht Treue, Untreue nicht Untreue ist, wenn in Menschen das

Gefühl der Unmündigkeit, der Vertäuschtheit miteinander wach ist. Moia läßt zum Beweise dieses heiligen Lehres in einer bunten Menschengemeinschaft, die sich irgendwo am Meere in einem alten Kolonial zusammengefunden hat, den alten Freund eines Ehepaares erscheinen. Mit diesem Freunde verliert sich die Frau in einer hellen Mondscheinacht, ohne daß es ihr im Augenblicke recht zum Bewußtsein käme, daß die Welt bemerkt und Normen hat. Ihr Ehemann sieht alles von weitem mit an. Moia läßt sich aber schließlich durch den Selbstmord des Freundes wieder zur Ruhe bringen und in der Erkenntnis, daß über dem Greifbaren, Stofflichen, worin Treue und Untreue sich auswirken, ein Ewiges, Seelisches steht, das in ihnen beiden lebt und viel zu groß ist, als daß es durch eine Auswaschung des Blutes in einer Mondnacht berührt werden könnte, beschließen sie, nur noch ein besetzteres, vertiefteres Leben zu führen. ... Freilich ohne, daß wir dem allen glauben könnten. Diese Menschen, die Moia hinsetzt, sind gar keine Menschen, sondern materialisierte Begriffe, die Philosophie reden und die uns in keiner Hinsicht überzeugen können, daß sie so handeln müssen, wie sie Moia handeln läßt und die Handlung, die in drei kurzen Akten vorübergeht, ist doch zu dürftig, als daß sie ein Gefühl sein könnte für die Erkenntnis, daß „alles, was geschieht, nötig ist als Samen für höheres Werden.“ — Der Abend, der als „literarisch“ angezeigt war, hinterließ das kalte Gefühl beim Zuhörer, das das Wort „literarisch“ zuweisen anhaften hat. H. B.

Ein fünfjähriger Frauenkennner. Dem kleinen fünfjährigen Jacke Coogan, dem Filmstar, von dessen Riesenergebnissen bereits berichtet wurde, gönnte die Ausruher auch auf seinem Krankenbette keine Ruhe. Er ist an einer Lungenentzündung erkrankt, erzählt aber trotzdem den Journalisten die überraschendsten Dinge. So stellte er einem mit, daß er „eine Frau habe“. Sie heißt Polly Marks, erklärte er stolz. „Sie ist meine Freundin. Eines Tages sollte sie spielen beim Film und wollte nicht. Sie sagte: „Rein, ich mag nicht!“ und Jacke verzog sein Gesicht zu einem Finnick, indem er ihr nachmachte. „Da gab ich ihr einen tüchtigen Puff, und da ging sie gleich raus. So muß man's mit den Frauen machen!“

Die Elizabeth-Toucan-Schule veranlaßt am Himmelfahrtstag, den 8. Mai, vorm. 11 Uhr, im Theater am Blomplatz der Freien Volkshöhe eine Morgenveranstaltung zu populären Vorträgen.

Völkerveröhnung. Nächste Stadt, Volkstheater (Eisensteinweg) Freitag, 6. Mai, 8 Uhr, Auereel Adolphstadt, Schönhauser Allee, Dirlsch, 5. Wegpunkt, Karten a M. 1.50, Taschenbildung, Fortschritt, München, 5. G. S. G., Engelauer 15; Blagarenhaus „Roabi“; Orchesterbureau Wäpöwtr. 74.

Der Volkstheater-Bund bringt Sonnabend, 6. 7. Mai, abends 7 1/2 Uhr im Neuen Rathaus Schöneberg die schönsten Szenen aus „Troubadour“ unter Mitwirkung erster Orchesterkräfte vom Deutschen Opernhaus zur Darstellung. Einleitung und verbindende Worte: E. D. u. a. b. R. d. r. l.

Friedrich Voelt steht am Sonnabend, den 7. d. Mts, abends 7 1/2 Uhr, im Saal der Reichlichen Hochschule, Palaststr. 38, aus Friedrich Theodor Fischer's „Kuch Eimer“, sowie weitere Geschichten von Fischer und Thoma. Öffentliche Elternversammlung in Deutsch am Mittwoch, den 4. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Oberrealschule, Guter Straße, Tagungsordnung: Das Schulprogramm des Oberrealschuljahres 1921/22. Referent: Schuldirektor Dr. K. a. r. e. n. Eltern und Lehrer aller Richtungen sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Fall Burg und Selbstverwaltung.

Wir werden um Aufnahme folgender Berichtigung gebeten: Genosse Dr. Borchardt hat am 1. Mai einige Ausführungen gemacht, die im letzten Absatz einen Irrtum enthalten.

Kollege Reinius und ich haben folgendes Schreiben an das Provinzial-Schulkollegium gerichtet:

„Die Unterzeichneten erklären sich auf Wunsch des Provinzial-Schulkollegiums bereit, im Interesse der Jugend und der Erziehungsaufgaben an der Fürstin-Bismarck-Schule in Charlottenburg ihr Einverständnis mit einer Verlegung an eine anders leicht erreichbare Groß-Berliner Anstalt in gleichwertiger Stellung auszusprechen.“

Das gibt doch ein etwas anderes Bild als der Satz des Genossen Borchardt, wir hätten unsere Verlegung selbst nachgefragt und erhalten. Die Herren im Provinzial-Schulkollegium, die mit uns die Angelegenheit durchsprachen, teilten durchaus unsern Standpunkt, daß nun nicht etwa durch Verbleiben des schuldigen Teils in alter Position die Situation ins Gegenteil verkehrt werden dürfe: die Schuldigen werden zurückkehren, bzw. bleiben und die Gefährten und unschuldig Verfolgten können nach obendrein das Feld räumen. Das war nicht der Sinn unseres Entgegenkommens, den Kindern das Gift der Verlegung zu ersparen. Deswegen ist der Satz des Genossen Borchardt: „Es kann daher von neuem erwogen werden, ob die zum 1. Oktober verfügte Verlegung unter diesen veränderten Umständen noch notwendig erscheint“ zu bedauern, weil er zeigt, wie wenig er die Bedeutung des Streikfalles erfasst hat, und wie er unsere aus pädagogischem Gefühl entsprungene Entscheidung benützt, um den Schuldigen einen billigen Triumph zu bereiten. **Siegfried Kawerau.**

Sie möchte maßregeln!

Seit dem 9. November 1918 hat die Reaktion sich mit erstaunlicher Geschwindigkeit gewisse Sprachbegriffe der Demokratie angeeignet. Wenn ein reaktionärer General die Republik verhöhnt, wenn ein altpreußischer Regierungsrat sozialistische Minister mit Schimpfnamen belegt, so darf ihnen kein Haar gekrümmt werden. Als ob sie keit Menschenalter nie für etwas anderes gekämpft hätte, schnürt alsdann die gesamte reaktionäre Presse ihre Bektion vom „Recht auf freie Meinungsäußerung“, von „demokratischer Gewissensfreiheit“ herunter, natürlich fällt unter diese Begriffe auch ein bitter hochherrat bei Kapp-Putsch und ähnlichen Gelegenheiten. Eine Regierung, die sich dagegen zur Wehr setzt, beweist nur „wüßtesten sozialdemokratischen Terror“.

Aber diese demokratische Meinungsfreiheit gilt merkwürdigerweise nur für die Reaktion selber! Demokraten genießen selbst in der Demokratie keine Meinungsfreiheit. Sozialdemokraten erst recht nicht. Ganz ernsthaft fordert die „Kreuzzeitung“ die Maßregelung des Genossen Heinrich Schütz, weil er, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, — man staune — gewagt hat, eine Rede zu halten! „Nach den Begriffen des alten schuldigen Ordnungsstaates müßte er jetzt aus dem Amt scheiden,“ heißt das Blatt mit eiserner Stirn. Ja, verehrt „Kreuzzeitung“, aber das Recht auf freie Meinungsäußerung — ist das am 9. November etwa nur für die Herren Weisbar und Knüppel-Kunze eingeführt worden?

Das Übereinkommen von London.

London, 2. Mai. (Reuter.) Die Beratungen des Obersten Rates waren vollkommen freundschaftlich, und ein tatsächliches Übereinkommen in der Frage der Bedingungen, die Deutschland vorgelegt werden sollen, wurde erreicht. Der Redaktionsausschuß will die ganze Nacht hindurch arbeiten, er hofft, morgen vormittag einen vollständigen Entwurf vorlegen zu können. Es verläuft, daß man übereingekommen ist, daß Deutschlands Verpflichtungen, 6800 Millionen Pfund Sterling zu zahlen, durch Ausgabe von Bonds mit 8 Proz. Zinsen anerkannt werden sollen. Deutschland wird aufgefordert werden, hundert Millionen Pfund Sterling jährlich und außerdem eine Abgabe von 25 Prozent auf seine Ausfuhr zu zahlen. Wenn diese Zahlungen die Summe übersteigen, die erforderlich ist, um die Zinsen für die bereits ausgegebenen Bonds zu zahlen, soll der Reparationsausschuß berechtigt sein, die Ausgabe weiterer Bonds zu fordern, um den durch die hundert Millionen Pfund und die 25 Prozent der Abgabe hervorgerufenen Ueberschuß aufzunehmen.

Paris, 3. Mai. (W.E.B.) Der Sonderberichterstatter von Havas gibt folgende Einzelheiten über den wirtschaftlichen Teil der Beschlüsse des Verbandes. Die Reparationskommission wird den Ertrag der Auflagen zwischen die Verbandsregierungen verteilen, und zwar nach dem in Spa festgelegten Schlüssel. Sie wird außerdem die Schuldverschreibungen begeben, und zwar unmittelbar oder durch Vermittlung der Garantiekommision. Deutschland muß sich damit einverstanden erklären, jährlich zur Abtragung seiner Schulden zwei Milliarden Goldmark zu verwenden, sowie einen Betrag in Höhe von 25 Proz. seiner Ausfuhr bereitstellen. Es muß aber innerhalb einer sehr kurzen Frist 150 Millionen Goldmark oder ausländische Devisen hergeben und weitere 650 Millionen in drei Monaten. Der Entwurf sieht außerdem die Bildung eines Garantierausschusses unter Aufsicht der Reparationskommission vor, in dem sämtliche Verbandsregierungen einschließlich der Vereinigten Staaten vertreten sein sollen. Die Neutralen, welche Schuldverschreibungen gezeichnet haben, sollen gleichfalls darin vertreten sein. Deutschland könnte auch Sachleistungen in Waren oder Arbeit zum Wiederaufbau der zerstörten Kampfgebiete beibringen. Der Gegenwert würde ihm gutgeschrieben werden. Die Schuldverschreibungen können auch bei den Neutralen begeben werden, und Deutschland ist dann nicht nur den Verbandsregierungen gegenüber, sondern auch den neutralen Zeichnern verantwortlich für die Begleichung seiner Schuld.

Wie zum 13. Mai.

Paris, 3. Mai. (Havas.) Deutschland wird vor dem 13. Mai seine vorbehaltlose Annahme der Bedingungen zu erkennen geben können. Wenn es sich weigert, wird die Befehung automatisch und sofort am 13. Mai durchgeführt werden. Sie wird am dem Tage aufhören, an dem Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt haben wird. Die Sachverständigen der Allierten sind am Abend zusammengetreten, um sich über den Vorschlag der französischen Delegation zu einigen, welche die Einsetzung eines Garantierausschusses in Berlin fordert, um die Befehung der 11 Milliarden zu sichern, die noch zu erstatten sind, wenn Deutschland eine Milliarde Goldmark, welche die Reserve der Reichsbank darstellen, abgeliefert haben wird. Der Rat wird wahrscheinlich heute die endgültige Entscheidung über diesen Punkt treffen.

Zur Nachzahlung! Laut Verfügung der Hamburger Ober-Schulbehörde sind die bei den Schulen noch vorhandenen schwarzen weissen Plaggen bis zum 15. Mai d. J. an die Geschäftsstelle der Ober-Schulbehörde abzuliefern. Der Senat hält es nicht mehr für anständig, fernerhin zum Bestehen von Staatsgebäuden noch diese Plaggen zu verwenden, da nach der Reichsverfassung die jetzigen Farben schwarz-rot-gold sind.

Groß-Berlin

Hundesteuer.

Die in den letzten Tagen von den Hauswirten aufgenommenen Hundesteuerlisten haben manchen Mund zum Ueberlaufen gebracht. Man wußte ja seit längerer Zeit, wie kostspielig vom 1. April ab das Vergnügen ist, sich einer treuen Hundefelle im Haushalt zu erfreuen. Die Steuerliste hat den Kerger wieder aufgemärmt. Kein Hofenboden der Stadiväter wäre mehr ganz, wenn man alles blühende Schimpfen aus holdem Frauenmund und auch aus mancher rauhen Männerkehle umgelegt hätte in die röhrende Lat.

Andere Zeiten, andere Anschauungen, andere Steuern! Auch die Best der nackten Wirklichkeit ist rund und dreht sich rasender wie je zuvor. Die Verhältnisse sind härter geworden als Herzenswünsche. Pflichten gegen die Allgemeinheit unterdrücken gerade heute so unendlich oft, was unter anderen Umständen dem einzelnen gerne gegönnt wäre. Weiß denn nicht jeder, der Augen hat zum Sehen, von der riesigen Vermehrung der Hunde in Groß-Berlin? Ist nicht aus der echten Liebe zum Tier vielfach eine Modedase geworden, ein Nachhaken, eine Laune? Wer hunderte von Papiermark, ja oft mehr als tausend Mark übrig hat, um solche Modedamen zu befriedigen, um einen Lugschuh wie ein neues festes Kleid spazieren zu führen, der mag auch Geld tun in den leeren Beutel der Allgemeinheit. Und wenn ein guter sührender Mensch sich von seinem vierbeinigen Freunde, der ihm ans Herz gewachsen ist, trennen muß, weil er die hohe Steuer nicht bezahlen kann, — du lieber Himmel, haben sich in den letzten Jahren nicht Tausende und aber Tausende von weit Wertvolleren, Höheren, Lieberem trennen müssen? Weichlich wird gesagt: „Wachhunde müßten doch wenigstens steuerfrei bleiben... Die hohe Steuer auch für diese ist eine Ungerechtigkeit.“ Ja, wo wäre da die Grenze zu ziehen? Dann könnte unter den heutigen unsicheren Verhältnissen schließlich jeder Hund als „Wachhund“ bezeichnet werden, auch der versetzte Lugschuh, der von seiner ins Gelacke hinkelnden Herrin mit gebratenen Koteletts und Kuchen und Milch bis zum Plagen gefüttert wird.

Am „grünen Tisch“ wird noch heute mancherlei ausgeheckt, was dem Publikum mit Recht auf die Kerben fällt. Aus der in die Höhe geschraubten Hundesteuer aber ist den Sozialisten am allerwenigsten ein Wortwurf zu machen, weil sie nicht noch länger ein immer schärfer hervorgetretenes Mode- und Lugschuhbedürfnis schonen dürfen und eine Staffelung der Hundesteuer nach den Einkommensverhältnissen der „Besitzer“ der Hunde aus bestimmten wohlerwogenen Gründen undurchführbar war.

Die polnische „Tonne“.

Falschgehandelt in der Grenadierstraße.

In der Grenadierstraße und ihrer Umgebung, besonders auch auf der „polnischen Börse“, die dort in der Gegend ihren Sitz hat, werden seit einiger Zeit sehr schwunghaft polnische Tausendmarkscheine gehandelt. Aber nicht etwa echte, sondern falsche. Dieser Handel ist an die Stelle der Salutzgeschäfte getreten, die die Polen und Galizier früher ebenso lebhaft betrieben. Die falschen polnischen Tausendmarkscheine werden nur in Paketen zu 100 Stück gehandelt. Diese Päckchen gehen in der Regel durch viele Hände und ebenso viele Taschen. Sie werden dabei etwas rund und haben aus der so unwillkürlich abgerundeten Form heraus jetzt die technische Bezeichnung „Tonne“ erhalten.

Die Galizier bieten ihre „Tonnen“ jedem an, in dem sie einen Abnehmer erblicken zu können glauben. So finden sie wohl leicht Kunden, können aber ebenso leicht an den Unrechten geraten, wie es gestern dem Händler Liebestind aus der Grenadierstr. 20 erging, der erst kürzlich mit seiner Familie aus Lodz nach Berlin gekommen und sich im Viertel seiner Landsleute niedergelassen hatte. Hier fragte er einen Mann, ob er eine „Tonne“ kaufen wolle. Er versicherte, daß sie voll und gut sei. Die „Tonne“ sollte 3225 deutsche Mark kosten und ausgehandelt werden, sobald der Verkäufer das Geld in den Händen des Käufers sehe. Der Verkäufer ging nun auf kurze Zeit weg und kam mit einer „Tonne“ wieder. Der Käufer sagte ihm auf den Kopf zu, daß die Scheine falsch seien und erklärte ihm, daß er ihn werde festnehmen lassen. Diese Ankündigung machte er auch wahr, sobald er auf der Straße zwei Kriminalbeamte erblickte. Letzte drehte Liebestind den Spieß um und behauptete, nicht er habe die „Tonne“ verkauft, sondern der andere habe sie ihm andrehen wollen.

Erst als sich nun sein „Käufer“ auch als Kriminalbeamter entpuppte, der den Handelsbetrieb in der Grenadierstraße schon länger beobachtet hatte, ließ er sich abführen. Er hatte vorher versichert, daß er gleich noch fünf Tonnen liefern könne. In seiner Wohnung fand man aber nur noch 50 000 falsche polnische Mark. Die anderen hat Liebestind ohne Zweifel von Landsleuten besorgen wollen. Denn er gehörte zu der Gesellschaft, die diese polnischen Fälschungen über die Grenze herüberschmuggeln und hier planmäßig in den Verkehr bringt.

Abgelehnte Milchlähe.

Die der Berliner Magistrat mitteilt, hat er sich zu seinem Bedauern entschließen müssen, von der Uebernahme amerikanischer Milchlähe aus dem ersten Transport abzusehen. Zur Durchführung der notwendigen veterinärpolizeilichen Vorschriften wären so umfangreiche Maßnahmen notwendig, daß mit Rücksicht auf die Finanzlage die Aufwendung der dafür erforderlichen außerordentlich hohen Kosten nicht angängig erschien. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß die Uebernahme von Milchlähen aus einem der späteren Transporte möglich sein oder daß an Stelle der Milchlähe eine Ueberweisung von amerikanischem Krossvieh treten wird.

Die Veterinärpolizei verlangte, daß die Milchlähe wegen des Leptospiers, das unter dem amerikanischen Viehtransport herrscht, nicht auf den Stadtgütern außerhalb der Stadt untergebracht, sondern im Innern der Stadtgemeinde in einem Stall, der sich dazu besonders eignet, untergebracht werden, damit jede Ansteckungsgefahr möglichst eingeschränkt werden kann. Diese Bedingung und andere waren bis heute schwer zu erfüllen. Da die Milchlähe bis jetzt kaum oder nur wenig Milch — täglich 2 bis 3 Liter, selten mehr — geben, so blüht leider weiter nichts übrig, als auf die teuren Kühe zu verzichten. Sie hätten noch Ansicht der Veterinäre längst geschlachtet werden müssen.

Verziehung der Sommerferien.

Die Sommerferien werden in diesem Jahre nach einer Rundverfügung des Provinzial-Schulkollegiums für Berlin um 8 Tage hinausgeschoben. Der Schluß des Unterrichts ist auf Freitag, den 8. Juli und der Beginn auf Dienstag, den 16. August 1921 festgelegt mit Rücksicht auf die vielen mit dem Vierteljahresbeginn verbundenen geschäftlichen Verpflichtungen.

Noch immer Kriegsgefangene.

In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener sprach der zweite Bundesvorsitzende, Barzant, über „Die Lage der letzten Kriegsgefangenen und die zu ihrer Befreiung unternommenen Aktionen“. Er befaßte sich eingehend mit den letzten 137 sogenannten „Strafgefangenen“ in Aigion. Er appellierte an die Anwesenden und an die ganze internationale gefühlte Welt, für deren Befreiung einzutreten und nicht zu dulden,

daß diese Männer mehr als drei Jahre nach dem Waffenstillstand in Frankreich zurückgehalten werden. Dann schloß er die Schwereitenden, die letzten 40 000 Gefangenen in Rußland, worunter sich etwa 3000—4000 Reichsdeutsche befinden, herauszubekommen und fand am Schluß großen Beifall. Herr Großmann sprach über die Lage der Heimkehrer. Er gab über die neuesten Verfügungen betreffs Nachzahlung der Wohnung erschöpfende Auskunft und erklärte, daß man nichts unversucht lassen werde, um den Heimkehrern zu ihren Forderungen zu verhelfen. In der freien Aussprache behandelten Diskussionsredner einzelne Spezialfälle, auch nahm ein Magistratsreferent das Wort und versprach größtmögliche Unterstützung. — Zwei Entschuldigungen, von denen sich die eine mit der Befreiungsfrage befaßt und die andere mit den materiellen Räten der Heimkehrer, gelangten einstimmig zur Annahme.

Die Geschäftsstelle der RFA befindet sich in der Wilmersdorfer Straße 86 und ist für die Charlottenburger Kriegsgefangenen am Montag und Mittwoch von 6 bis 8 Uhr und Sonnabend von 4 bis 7 Uhr geöffnet, jedwede Beratung auch in Steuerangelegenheiten wird erteilt.

Die Totfahndiebe auf der Untergrundbahn erfordern in der letzten Zeit wieder die erhöhte Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei. Verhaftet wurde gestern ein gewerksmäßiger Taschendieb, der schon längere Zeit die kurze Straße Bülowstraße—Gleisdreieck unsicher machte. Kriminalbeamten der Dienststelle B 116, die eifrig hinter ihm her waren, gelang es endlich, ihn am Gleisdreieck zu erwischen. Sie fanden bei ihm noch mehrere Portemonnaies, die er erst vor ganz kurzer Zeit erbeutet haben muß. Die Eigentümer können sich im Zimmer 34 des Berliner Polizeipräsidiums melden.

Zu dem blutigen Zwischenfall in der Müllerstraße wird uns berichtet, daß der durch einen Schuß der Polizeibeamten schwer Verletzte, ein Bankbeamter Richard Betermann aus der Logothstraße 3, zweifellos nicht der Missetäter ist. P., der keiner politischen Partei angehört, ging zufällig an den Pharusäulen vorbei, als die Schüsse fielen.

Pflicht zur Anmeldung von Luftbarkeiten. Noch immer kommt es vor, daß die Veranstalter von Luftbarkeiten, insbesondere auch von Vereinsveranstaltungen, die vorgeschriebene Anmeldung bei der Steuerbehörde unterlassen und deshalb in Ordnungsbüro genommen werden. Jede steuerpflichtige Veranstaltung muß spätestens am letzten Werktag vor ihrem Beginn bei der Steuerbehörde angemeldet werden. Zuständig ist das Bezirkssteueramt — Abteilung D — des Groß-Berliner Verwaltungsbezirks, in welchem die Veranstaltung stattfindet (für Alt-Berlin — Bezirk I—VI — Klosterstraße 13/15).

Auch ein Lehrbuch! Die Umarbeitung der Lehrbücher für Schulen wird nach dem neuen Grundgesetz „immer langsam voran“ betrieben. Was für Bücher heute noch in Schulen der deutschen Republik möglich sind, davon erfahren wir aus Mariendorf wieder ein Beispiel. Am dortigen Reform-Realgymnasium nebst Oberschule ist für Sexta vorgeschrieben „Erkunde für höhere Schulen“ von Direktor Prof. Heinz Fischer, Studienrat Prof. Dr. A. Geißel und Studienrat Direktor W. Geißel, Ausgabe A, 1. Teil. Ein Vater, der für seinen Sohn dieses Buch kaufte, erhielt im Jahre 1920 erschienene 15. (vermutlich neueste) Auflage. Schon bei flüchtigem Durchblättern fand er darin, wie er uns mitteilt, allerlei Erinnerungen an die gewesene monarchistische Zeit, z. B. noch „Königreiche“ Preußen, Sachsen usw., „Großherzogtümer“ Oldenburg usw., „Herzogtümer“ und „Fürstentümer“. Das Buch konnte auch noch ein „Reichsland“ Elsaß-Lothringen, spricht noch von den unter Schuß und Verwaltung des Reiches stehenden „überseeischen Besitzungen“ und erzählt noch, daß die „Kaiserwürde“ stets dem König von Preußen zukommt. Man sieht: dieses im Jahre 1920 erschienene Schulbuch ist „auf der Höhe“.

Eine Wanderung durch ein ober-schlesisches Hüttenwerk ließ ein „Urania“-Filmvortrag machen, der die Gewinnung und Verarbeitung von Edelmetall behandelte. Er führte nach Kattowitz in die Boliden-Hütte, zeigte die Riefenanlagen des ausgebeuteten Wertes und gab Einblick in die verwickelten Arbeitsvorgänge der Umwandlung des Koksens in hochwertigen Edelmetall und seiner Verarbeitung zu Stahlerzeugnissen, wie z. B. Spiralschrauben, Automobilfedern usw. Bei Darbietungen dieser Art können wir immer wieder mit Befriedigung feststellen, daß der Film, ungeachtet aller in Kinos mit ihm getriebenen Mißbräuche, ein wertvolles und unentbehrliches Mittel der Belehrung ist. Erst der Film hat es möglich gemacht, das fesselnde Bild der ineinander greifenden Arbeit solcher Industriebetriebe auch an Vätern heranzubringen.

Der preußische Landwirtschaftsminister hat die Gebühren für Weeren- und Pilzzettel auf 10 M. festgesetzt. Für Waldarbeiter und ihre Angehörigen in demselben Haushalt, Waldarbeiterinnen, erwerbsbeschränkte Kriegsbeschädigte, Rentempfänger, Personen über 60 Jahre, Orisarme und schulpflichtige Kinder (6—10 Jahre) betragen die Gebühren nur 5 M. Kinder unter 6 Jahren bedürfen keines Scheines.

In der letzten Bezirksversammlung des XIII. Bezirks (Tempelhof) wurde ein Antrag, mit den zuständigen Stellen im Magistrat Verbindung zu treten, um die Uebsticht, die Linien 44 und 96 der Straßenbahn eingehen zu lassen, zu verbieten und den Ausbau der Linien 70 und 73 bis Mariensfelde und Lichtenrade zu erreichen, einstimmig angenommen. Eine Anfrage der Bürgerlichen wegen des Streiks von Gemeindefacharbeitern bei der Beeridigung Sülts nach zu einer stundenlangen politischen Debatte Veranlassung. Genosse Ewald erklärte hierzu im Namen des Bezirksamts, daß die Betriebsversammlung der Gemeindefacharbeiter Mariendorfs beschlossen habe, von einem Streik abzusehen. Den Arbeitern, die trotzdem gestreikt hatten, ist der Lohn dementsprechend gekürzt worden. Die Bezirksversammlungen sollen in Zukunft am Mittwoch stattfinden. Ein Antrag unseres Genossen Burgemeister, eine Kommission zur Prüfung einer Anzeige gegen einen Gemeindefacharbeiter einzuladen, wurde zurückgezogen, nachdem Bürgermeister Groh die eingehende und unparteiische Prüfung zugesagt hatte. Ein Dringlichkeitsantrag, einen Erwerbslosenausschuß aus je vier Arbeitnehmern und Arbeitgebern einzuladen, wurde angenommen. Ein kommunistischer Antrag verlangte die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung von Angaben des Betriebsrates über Befreiungen von Gemeindefacharbeitern. Während der Aussprache hierüber verließen zahlreiche Bezirksverordnete den Saal, so daß Beschlusunfähigkeit eintrat und der Rest der Tagesordnung nicht mehr erledigt werden konnte.

Neue Schweißbildungen des Reichlichen Komitees. Anlässlich des 300. Vortrags- und Probekundensabends des „Vereins der Freunde der Treptow-Steinwerke“ findet am Mittwoch, 4. Mai, in der Treptow-Steinwerke eine Jubiläumssitzung statt. Anfragen und Kartenbestellung telephonisch Woywiltz 1900 und 2605 erbeten.

Die Volkskassen für Juni 1921 werden in den zum nächsten Berlin gehörenden Gemeinden in den nächsten Tagen ausgegeben und zwar in Berlin für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Montag, den 9. und Dienstag, den 10. Mai, für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am Mittwoch, den 11. und Donnerstag, den 12. Mai, für die Kinder im 5. und 6. Lebensjahre am Freitag, den 13. und Sonnabend, den 14. Mai, für die Kinder im 7. und 8., 9. und 10., 11. und 12. Lebensjahre sowie Alterskarten am Dienstag, den 17. Mai 1921, jedoch sind den Haushalten, denen Karten für verschiedene Altersklassen ausgeben, sämtliche Volkskassen an einem Tage auszubehalten. Die Inhaber von Volkskassen haben die Volkskassen bis zum 25. Mai einschließlich dem Kleinkinder vorzuliegen.

Das holländische Weltpanorama Neudöln erfreut sich dank seiner vorzüglichen Darbietungen eines stets wachsenden Freundeskreises. Die Zahl der Besucher hat im letzten Geschäftsjahre diejenige des Vorjahres um rund 80 Proz. übersteigen und beträgt 108 915 Personen. Die Eintrittspreise sind außerordentlich gering. Einzelperson 20 Pf., Kinder 20 Pf., in Schulbesuch 10 Pf., Familienkarten zu 6 Personen 2 M.

Neußer Ecker-Versammlung. In der Aula der Oberschule in der Ecker Straße, am Ringbahnhof, spricht am Mittwoch, den 4. Mai abends 7 1/2 Uhr, Studienrat Genosse Dr. Karfen über: „Das Schulprogramm des Ober-Schulrates Wilhelm Pausen.“

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Metallarbeiter. Aufhebung des „Vorwärts“-Bonifols.

Der Deutsche Metallarbeiterverband (Ortsverwaltung Berlin) feht am Montag seine ordentliche Generalversammlung mit dem Jahresabschlussbericht fort. Der Bericht, zu dem der Hauptkassierer Schmidt eine Anzahl Erläuterungen gab, weist für die Hauptkassie eine Gesamteinnahme von 18.408.586 M. im Jahre 1920 auf. Am Jahresluß verblieb ein Bestand von 1.445.154 M. Die Lokalkasse rechnete mit einer Jahreseinnahme von 11.798.661 M. Der Bestand betrug am 31. Dezember 1920 nach Berechnung der Jahresausgaben 3.286.800 M. — Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Gegen einige Stimmen wurde beschlossen, eine Verbesserung der Beitragsklassierung dadurch in die Wege zu leiten, daß vorerst der Ortsverwaltung eine gewisse Ellenbogenfreiheit gewährt wird, je nach erkannter Notwendigkeit die provisorische Anstellung besoldeter Hauskassierer vorzunehmen, für die später, wenn Erfahrungen vorliegen, die Sanktion der Generalversammlung einzuholen wäre.

Dann kam man zu den aus Mitgliedsbeiträgen vorstehenden Anträgen. Beantragt ist die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung mit der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Kollegen zum „Offenen Brief“ der RRBD? Auf Antrag von Pfaffenkläger, der die Angelegenheit des „Offenen Briefes“ als durch die Ereignisse überholt erklärte, wurde über den kommunistischen Antrag zur Tagesordnung übergegangen. Zu einer lebhaften Diskussion führte der Antrag, drei Kollegen zur roten Gewerkschaftsinternationale nach Rostau zur Information zu senden und von jeder Partei einen Delegierten zu ernennen. Der Antrag wurde abgelehnt. — Einstimmig angenommen wurde folgender Antrag: „Für die Befanntmachungen der Berliner Ortsverwaltung sind künftig auch der „Vorwärts“ und die „Rote Fahne“ zu benutzen. Unter Aufhebung eines früher gefassten Beschlusses beschließt die Generalversammlung, zu den örtlichen Generalversammlungen Vertreter des „Vorwärts“, der „Freiheit“ und der „Roten Fahne“ als Berichterstatter zuzulassen.“ Annahme fand ein Antrag, den Betriebsräten, die Mitglieder der Organisation sind, die Teilnehmergebühren für die Kurse von der Verwaltung zurückverlangen, wenn sie den Nachweis führen, daß sie am Kursus voll teilgenommen haben.

Nach Erledigung weiterer Angelegenheiten wurde die Versammlung vertagt.

Wie man Gesetze achtet.

Zu unserm Artikel unter dieser Bezeichnung in Nr. 197 unseres Blattes schreibt uns das Reichsarbeitsministerium:

Die Verfügung Nr. 423 in Blatt 25 des Reichsversorgungsblattes, betr. Geschäftsführungskosten für Betriebsvertretungen im Sinne des Betriebsrätegesetzes enthält keine Ausführungsbestimmungen zum Betriebsrätegesetz im Sinne des § 101 BRG., sondern Richtlinien, die von sämtlichen Reichszentralbehörden vereinbart worden sind, um eine Einheitlichkeit in der Erstattung der notwendigen Kosten gemäß § 36 BRG. zu erzielen. Diese Richtlinien gelten für alle Reichsbehörden. Nach Vereinbarung der Richtlinien sind durch eine Verfügung des Reichsfinanzministers die Tagelöhner bei Dienstreisen für Beamte erhöht worden. Ein Erlass, der die Tagelöhner der Betriebsvertretungen diesen Sätzen anpaßt, ist in Vorbereitung. Die Aufwandsentschädigung von 8 M. täglich in ganz besonders begründeten Ausnahmefällen bezieht sich nicht auf

Dienstreisen, sondern auf Kosten am Beschäftigungsort oder Wohnort, wenn in großen Städten das Mitglied der Betriebsvertretung ausnahmsweise seine regelmäßige Essensstelle nicht auffuchen konnte. Auch die Beamten erhalten in diesen Fällen keine höhere Entschädigung.

Einen festen Schlaf scheint man auf dem Gewerbegericht zu Charlottenburg zu haben. Diese Behörde beruhte noch am 31. März Kuvertis mit dem Ausdruck: „Gewerbegericht der königlichen Residenzstadt Charlottenburg“. Wir leben in der Hoffnung, daß das Charlottenburger Gewerbegericht inzwischen aus seinem Dornröschenschlaf erwacht ist. Andernfalls wünschen wir weiter angenehme Ruhe!

Verlängerung der Schutzfrist für Schwerbeschädigte. Die Frist, innerhalb der einem Schwerbeschädigten nur gekündigt werden kann, wenn die Hauptfürsorgestelle zugestimmt hat, ist durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 28. April bis zum 1. April 1922 verlängert worden. Die Verordnung trat mit Wirkung ab 1. Mai 1921 in Kraft.

Vand der technischen Angestellten und Beamten. Mittwochs Mittalbeiterversammlung. Alpenia, Bismarckstr. 7 1/2, Kar. — Nordost, Berlin, Waller Str. 4, 7 1/2, Uhr. — Dransburg, Reichshof, Bernauer Str. 38, 7 1/2, Uhr. — Gaudau, Zum Steen, Potsdamer Str. 33, 7 1/2, Uhr. — Berlin, Nationalhof, Blomstraße 17, 7 1/2, Uhr. — Lichterberg und Oden, Logen-Hof, Knorr-Beckenstraße 2, 7 Uhr. — Versammlung der erwerbslosen Bundesmitglieder im Nordischen Hof, Invalidenstr. 126 (Weißer Saal) mittags 12 Uhr.

Zentralverband der Angestellten. Mittwochs Mittalbeiterversammlungen. Patentamt, Invalidenstr. 7, Uhr. bei Jagel, Alexanderstr. 117; Papier-, Graphisches Gewerbe: 7 1/2, Uhr. im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c.

Deutscher Bergarbeiter-Verband Berlin. 24. Hauptversammlung Holzindustrie-Mittelbergsammlung, heute 7 Uhr im Schultze, Neue Jakobstraße 24/26. — Berlin 28, Chemia. Mittwochs 7 Uhr. Mitgliederversammlung in Daverlands Hof, Neue Friedrichstraße 25.

Soziales.

Das Mietverhältnis bei Landarbeiterwohnungen.

Der Bau von Landarbeiterwohnungen durch die Gutsbesitzer stößt häufig auf Schwierigkeiten, weil Zuschüsse aus Reichs- oder Landesmitteln nur gegeben werden, wenn der Mietvertrag nicht in eine rechtliche Abhängigkeit vom Arbeitsvertrag gebracht wird.

Leber die Bedeutung dieser Vorschrift wird uns aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt:

Der Vorschrift wird durch zwei geforderte Verträge genügt, welche es sichern, daß die Beendigung des Dienstvertrages nicht ohne weiteres auch sofort die Beendigung des Mietvertrages herbeiführt. Es darf also in dem Mietvertrage nicht ausgedrückt sein, daß dem Arbeitnehmer nur solange ein Wohnrecht zusteht, als er sich in einem Arbeitsverhältnis zum Vermieter befindet, bzw. daß er mit Beendigung des Arbeitsverhältnisses, gleichgültig aus welchen Gründen, unter allen Umständen zur Räumung der Wohnung verpflichtet ist.

Dagegen ist es zulässig, daß nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses das Mietverhältnis zum nächsten gesetzlichen oder vertraglichen Termin gekündigt wird, oder daß eine solche Kündigung erfolgt, wenn die Beendigung des Dienstverhältnisses vorausgesetzt ist. Wird der Dienstvertrag von vornherein für eine bestimmte Zeit abgeschlossen, so darf auch die Beendigung des Mietverhältnisses zu demselben Zeitpunkt von vornherein vereinbart werden. In der Provinz Brandenburg sind bereits 1920 eine Reihe von Landarbeiterwohnungen unter Anwendung dieser Bestimmungen gebaut worden. Das Brandenburgische Landarbeitsamt in Berlin SW. 11, Königsgräber Str. 28 III, hat deshalb eine Beratungsstelle für den Bau von Gutsarbeiterwohnungen eingerichtet.

Wirtschaft

Die internationale Handelspolitik.

Die Gegenüberstellung von Ein- und Ausfuhr in den verschiedenen Ländern zeigt geradezu krankhafte Bestrebungen der einzelnen Staaten, ihre Einfuhr einzudämmen und die Ausfuhr auszuweiten.

Der amtliche Handelsbericht der Vereinigten Staaten für März stellt fest, daß in den letzten Monaten dreimal soviel Waren aus- wie eingeführt wurden. Die „Aktivität“ der Handelsbilanz hat ein noch nie dagewesenes Maß erreicht; nun strömt aber der Gegenwert der ausgeführten Waren, weder Gold noch Waren, nicht in das Land zurück; den meisten Ländern, die die Waren kaufen, fehlt es an Zahlungsmitteln. Amerika erwirbt so ungeheure Forderungen. Die Vermutung läßt sich nicht von der Hand weisen, daß auch England die Festsetzung des 50-prozentigen Zolles auf deutsche Waren weniger als Strafmaßnahme gegen Deutschland dachte, als zur Verhinderung der Wareneinfuhr.

Die Rückwirkung dieses fieberhaften Strebens nach Exporten kommt z. B. in der Handelsbilanz Australiens gut zum Ausdruck. Dieses Land hat seit dem Kriege einen bedeutenden Ausfuhrüberschuß aufgewiesen. Im Jahre 1920 aber, obwohl seine Ausfuhr sich bedeutend erhöht hatte (von 80 Millionen Pfund im Jahre 1918 auf 134 Millionen Pfund im Jahre 1920), schließt es mit einer passiven Handelsbilanz. Nach „Economist“ erfolgte dies, weil England und Amerika ihre Aufträge unerwartet rasch ausgeführt haben, nur um von ihnen Waren loszukommen.

Frankreichs Außenhandel erreichte Anfang dieses Jahres den Punkt, wo mehr aus- wie eingeführt wurde. Es ist dies aber eine Folge der wirtschaftlichen Stagnation, keineswegs ein Fortschritt.

Italiens Handelsbilanz ist zwar immer noch bedeutend passiv, doch wächst der Prozentsatz der Ausfuhr im Vergleich zur Einfuhr ständig und der Vorkriegszustand wird bald erreicht sein. Nach Angaben der Statistik erfolgt dies aber durch eine vermehrte Einfuhr von Rohstoffen — also ein ungünstiges Zeichen für die ganze Volkswirtschaft — und von Nahrungsmitteln, welches wiederum ein Zeichen der Verarmung und der mangelnden Kaufkraft des Volkes darstellt.

Finanzimperialismus im Saargebiet. Die Pfalzwerke K. G. zu Ludwigshafen haben ihre Zustimmung zum Uebergang ihrer elektrischen Kraftzentrale Homburg an eine französisch-deutsche Gesellschaft geben müssen, weil die französische Saargrubenverwaltung sich weigerte, nach Homburg die nötigen Kohlen zu liefern und für neue Lieferungen Zahlung in französischer Währung verlangte, was für das Werk eine erhebliche Mehrbelastung bedeuten würde. Es soll eine Gesellschaft mit 30 Millionen Mark Kapital gebildet werden, woran die französische Gruppe: die Elektrizitätsgesellschaft Thomson-Houston, Paris, und die Hiltensfirma Schneider u. Cie. zu Le Creusot mit 60 Proz. beteiligt sein würde. Das Projekt bedarf noch der Zustimmung der deutschen und der bayerischen Regierung.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. W. Keller, Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Postamt: Charlottenburg, Wallstr. 30.

Billiges Pfingst-Angebot

Wir liefern Ihnen Waren zu staunend billigen Preisen. Daher vergleichen Sie bitte unsere Qualitäten u. Preise und deren der Konkurrenz

Tüll-Künstler-Garnituren

2 Flügel, 1 Behang
Gr. ca. 75 x 275 x 190

68⁵⁰

Leinen-Tischdecken

reich bekurbelt

46⁵⁰

Tüll-Bettdecke

über 2 Betten

59⁵⁰

Diwanddecken in rein. Garnware in großer Auswahl, von

95⁰⁰

Alloy-Net

ca. 130 cm breit, zum Anfert. v. Gardinen Mtr.

16⁵⁰

Möbeldamast 130 cm breit für Sofabezüge . . . Meter

67⁵⁰

Erbstüll-Store

mit Bändchenarbeit u. Volut

42⁵⁰

Läuferstoffe in Riesen Auswahl

10⁵⁰

Adam's Gardinen- und Teppich-Haus

Frankfurter Allee 56 zwischen Kreuziger- und Mainzer Straße

Wer! garantiert für guten Sitz und Verarbeitung!
Großes Stofflager

Max Motel, Schönebergstr., Neukölln, Ringbahnstr. 88, Tel. 908.
Biele Annehmungen und Dankeschreiben.

Alte Hüte

werden an neu umgeformt. Damenhüte umpreisen 16.— 22. Spez. Herrenhüte 16.—
L. Krüger Siegfriedstr. 25-26, am Bahnhof Hermannstraße.

Enorm billiger Verkauf ff. Offenbacher Lederwaren!

- Damentaschen Krokko - Mouton - Leder, Wert bis 40 Mk. 19,75
- Damentaschen prima Vollleder, Wert bis 150 Mk. 49,75
- Damentaschen Saffian - Mouton, Kofferform, Wert bis 280 Mk. 92,50
- Besuchstaschen Leder, Krokko - Pressung, Wert bis 85 Mk. 19,75
- Damenportemonnaies Leder, m. Geldscheineint. u. Ledert., Wert bis 39 Mk. 19,75
- Herrenportemonnaies Leder, m. Geldscheineint. u. Ledert., Wert bis 65 Mk. 27,50
- Aktenmappen Leder 59,75
- Isolierflaschen 1/2 Lt. 12,75

Union-Bazar Charlottenburg
Wilhelmsdorfer Straße 34

Stottern

Stammeln, Lispeln, Atemnot und Angewohnheit vom Sprechen befreit gründlich
Dr. Schraders Spezialinstitut
Berlin W. 15, Lützowstr. 30. (Mer. 4-7, anst. Sonnabends u. Sonntags.)

Nutzeisen

Stabeisen, Bloche, T-Träger, U-Eisen, Rohre, Kotten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstangen usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben

Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln
Weserstr. 33/36 — Tel. Neuk. 4170

COHN & BORCHARDT
Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 47/48
Telegr.-Adresse „Ercobor“, Tel. Lichtenbg. 646/647

Metallbetten

Stahlrohrmatrosen, Rimbetten, Polster an febermann, Katalog fr. Eisenmöbelabrik, Sucht in Thür. 83/15

Ruhebetten

200 Mk.
gute Arbeit, kein Vapierbeleg

Girndt, Neukölln,
Wesergrabenstraße 2
Tel.: Steinfeld 1308.

Glühlampen

Halbvattlampen und (dmt. Elektro-Instal.) Material-Instal.
Bernauer Schröder, Straße 101, fabriziert. III.

Alt-Metalle **Blei Zinn** **Metall-Abfälle**
Rückstände
kauft
A. Iden & Lange
Charlottenburg, Wallstr. 30
Tel. Wilhelm 5049

Dampfer-Extraktfabriken
ab Waifenbrücke, Neu-Ruhm u. B.
Am Donnerstag, den 5. Mai (Dienstag)
Am Sonntag, den 8. Mai, und 1. und 2. Pfingstfesttag
nach Leipzig, Tarnow's Jbhl. Sonntag 8 Uhr.
Büffets im Vorkauf an der Straßener Ecke 8.
Tel. Nr. 5825. Laagwald & Schmolke.

Kaffee-Rösterei
A. Wiatrak Nachfolger
Hugo Baumgärtner
Berlin SO 16, Köpenicker Str. 75a Brückenstraße
Täglich frisch gebrannte Bohnenkaffees
fr. holl. Cacao Spezialität Guatemala-Mischungen Ind. Chin. Tee-Mischungen
In Kaffee-Essenz-Mischungen

Ihre Damen- und Herrenhüte
werden in bekannter tadelloser Ausführung nach den neuesten Modellen umgearbeitet und umgeformt. Spezialformen zu Spezialpreisen nur in der Spezialfabrik!
Georg Erdmann, Strohh- und Filzhutfabrik
Schönhauser Allee 110
Filialen: Reinholdstr. 22, Reußstr. 22, Hermannstr. 50-57

Korsette
aus la Stoffen und in allen Preislagen empfiehlt
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 83
2. Geschäft: B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 36
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23
Ecke Alte Jakobstraße 124/122

Carl Zobel Herren-Moden

Berlin SO 16, Cöpenickerstraße 121, Ecke Michaelkirchstraße

Alle Größen vorhanden — Reiches Stofflager — Stets Neuheiten — Werkstatt im Hause

Prämiert mit Staatspreisen — Goldene Medaillen — Ehrenpreise

Telephon: Moritzplatz 2004

Gegründet 1886